

Medienkonferenz vom 31. Januar 2012 / 09.00 Uhr

Einheitsgemeinde mit 5 Schul- und 7 Gemeinderäten

Der Gemeinderat und der Schulrat von Jonschwil legen der Bürgerversammlung vom 28. März 2012 das Gutachten zur definitiven Bildung einer Einheitsgemeinde vor. An der Volkswahl eines 5-köpfigen Schulrates soll festgehalten werden. Neu ist die vorgeschlagene Aufstockung des Gemeinderates auf 7 Mitglieder. An der gleichen Bürgerversammlung soll auch über die Totalrevision der Gemeindeordnung mit Einführung der Volksmotion abgestimmt werden.

Die Schulbürgerversammlung 2010 beauftragte den Schulrat, eine Inkorporationsvereinbarung so auszuarbeiten, dass auf 2013 eine Einheitsgemeinde gebildet werden kann. Ein Antrag des Schulrates an der Bürgerversammlung 2011, für diesen Schritt mehr Zeit einzuräumen und den Entscheid an die Urne zu verlegen, wurde von den Stimmbürgern abgelehnt. In der Folge arbeiteten der Schul- und der Gemeinderat die Grundlagen aus und führten dazu von September bis November eine Vernehmlassung bei der Bevölkerung durch. Diese ergab ein klares Ja zur Einheitsgemeinde.

Weiterhin ein gewählter Schulrat

In der definitiven Vorlage schlagen die Verantwortlichen im Einklang mit der Vernehmlassung vor, dass der Schulrat weiterhin vom Stimmbürger gewählt werden soll. Neu soll er noch 5 Mitglieder umfassen. Dem von einer Ortspartei eingebrachten Modell ohne gewählten Schulrat möchten der Schul- und Gemeinderat keine Folge leisten. Auch die Vernehmlassungsteilnehmer äusserten sich in diesem Sinne.

Erhöhung auf 7 Gemeinderäte

Im Vernehmlassungsentwurf liess der Gemeinderat die Varianten 5, 6 oder 7 Gemeinderäte offen, da er bei allen Varianten Vor- und Nachteile sah. Obwohl in der Vernehmlassung eine deutliche Mehrheit für 5 Gemeinderäte votierte, schlägt der Gemeinderat ein 7-köpfiges Gremium vor. Er möchte damit eine breitere Abstützung in der Bevölkerung erreichen. Nicht zuletzt die verlorene Urnenabstimmung über die Erweiterung des Gemeindehauses spielte bei dieser Beurteilung eine Rolle. Der Gemeinderat macht diesen Vorschlag im Wissen, dass dies leichte Mehrkosten ergibt, erachtet jedoch eine Stärkung der strategischen Führung für wichtig.

Finanzkompetenzen moderat anpassen

Die Einführung der Volksmotion war in der Vernehmlassung unumstritten. Dieses neue Instrument findet sich deshalb auch in der definitiven Gemeindeordnung. Hingegen hat der Gemeinderat bei den Finanzkompetenzen gegenüber dem Entwurf Anpassungen vorgenommen. Die ursprünglich vorgeschlagene Erhöhung verschiedener Kompetenzen um den Faktor 2 und mehr wird reduziert. So soll beispielsweise die Finanzkompetenz der Bürgerversammlung bis 1,5 statt 2 Millionen gehen. Darüber wären Urnenabstimmungen erforderlich. Die Ausgabenkompetenz des Gemeinderates wird auf 100'000 Franken reduziert und diejenige des Schulrates auf 75'000 Franken für Schulangelegenheiten erhöht.

Rückfragen:

Stefan Frei, Gemeindepräsident Tel. 071 929 59 28 / 079 631 42 40

Köbi Zimmermann, Schulratspräsident, Tel. 071 929 40 12 / 079 343 90 90